



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/212 - 20.9.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 1831-33

Fernschreiber 039 890

Pflicht des Parlaments	S. 1
Wahlkampf in Österreich	S. 3
Die Erfahrungen von Hanöversand - zur Jugendstraßpflege	S. 5
Anhang: Kommuniqué des Parteivorstandes	

Außenpolitische Debatte, eine unverzichtbare Forderung

sp - Die SPD sieht in ihrem Antrag nach einer außenpolitischen Debatte des Bundestages am 23. September eine unverzichtbare Forderung. Sie wird alle Mittel einsetzen, um eine erneute Vertagung zu verhindern. Es würde der Verantwortung des Parlaments widersprechen, wenn in der Situation, die nach dem Scheitern des EWG-Vertrag entstanden ist, die Regierung ohne Berücksichtigung der Meinung der Volksvertretung weiter verhandeln sollte.

Es gibt keine Bestimmung des Grundgesetzes, die es der Regierung erlauben würde, in der Außenpolitik über das Parlament hinwegzugehen. Das deutsche Volk hat ein Recht auf einen Bericht der Regierung und auf die Stellungnahmen der Abgeordneten. Wenn dieses Recht bestritten oder durch neue Versuche der Verzögerung nicht respektiert wird, dann wird es notwendig sein, den Bundestagsausschuss für die Wahrung der Rechte der Volksvertretung im Sinne des Artikels 45 des Grundgesetzes in Aktion treten zu lassen. Dieser Ausschuss hat nach unserer Verfassung "auch die Rechte eines Untersuchungsausschusses". Sicher ist, dass alle dafür notwendigen Schritte unternommen werden müssen, wenn die Regierung erneut versuchen sollte, die Rechte des Parlaments beiseitezuschieben.

Während der John-Debatte sind auch von Sprechern der Koalitionsparteien Worte über die Notwendigkeit einer Stärkung der Stellung des Parlaments gesprochen worden. Die sozialdemokratische Forderung nach

einer außenpolitischen Debatte ist die Gelegenheit, wo gerade diese Parteien beweisen können, wie ernst ihre Worte gemeint waren.

Es geht nicht an, dass die Regierung über neue außenpolitische Lösungen verhandelt, ohne dabei den Willen des Bundestages zu berücksichtigen. Vor der Londoner Konferenz muß dieser Wille sichtbar sein und die SPD wird das notwendige tun, um nicht nur die Meinung der Opposition, sondern auch die Meinung des ganzen Parlaments verbindlich festzulegen. Es wäre unerträglich, wollte die Regierung, deren bisherige Außenpolitik völlig gescheitert ist, erneut den Versuch unternehmen, das Parlament vor vollendete Tatsachen zu stellen. Im Interesse des ganzen Volkes muß der Bundestag nicht nur auf seinem Recht bestehen, zu einem von der Regierung behandelten Vertrag ja oder nein sagen zu können, sondern der Regierung für die internationalen Verhandlungen Richtlinien mit auf den Weg zu geben.

Der innenpolitische Schaden, den der Kampf der Koalition um das unglückselige EVG-Projekt angerichtet hat, enthielt die Lehre, dass es der Bundestag nicht zulassen darf, dass die Regierung zum zweitenmal Verträge unterzeichnet, die unannehmbar und nicht zu verwirklichen sind. Das zu verhindern ist jetzt die Aufgabe des Parlaments. Wenn der Bundeskanzler, wie er unmißverständlich nach dem Scheitern der EVG bestätigte, nicht an dem Versuch für die Schaffung einer überparteilichen Außenpolitik interessiert ist, so muß ihn das Parlament doch zwingen, von vornherein auf Wegen zu verhandeln, die vom Bundestag gebilligt werden. Die Frage der deutschen Wiedervereinigung, der Neuregelung des politischen Status der Bundesrepublik und die einer Mitarbeit der Bundesrepublik in einem westlichen System kollektiver Sicherheit, sind Lebensfragen für alle Deutschen in Ost und West. Die Opposition ist nicht bereit, ihre Lösung noch ein-mal allein dem Mann zu überlassen, der Jahre dadurch nutzlos verstreichen ließ, dass er keine annehmbaren und realisierbaren Verträge schaffen konnte.

Es geht nicht darum, die Rechte der Exekutive in der Führung internationaler Verhandlungen einzuengen. Notwendig und im Sinne der Verfassung ist, dass die Legislative die Rangfolge der Probleme der deutschen Außenpolitik und den Rahmen, in dem verhandelt werden soll, festlegt. Der Bundeskanzler, der so häufig von nationalen Schicksalsfragen spricht, sollte begreifen, dass es in solchen Fragen in einer Demokratie keine Einmann-Politik gibt.

Die Sozialisten verfügen über die besseren Waffen

Von unserem österreichischen Mitarbeiter

Wien, Mitte September

Während sich am Minoritenplatz in Wien rund um den Unterrichtsminister Dr. Kolb ein lustiges Rätselspiel: "Geht er? Bleibt er?" entwickelt hat, rüsten alle Parteien zu einem bedeutsamen Wahlkampf, für den besonders die rechts- und linksradikalen Gruppen möglichst saftige Früchte des Versprechens an die Bäume der Hoffnungen hängen. Am 17. Oktober werden 2,7 Millionen Wähler zur Urne treten, um ihre Stimme zur Neuordnung der Landtage in Wien, Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg abzugeben.

Die Kampagne hat dieses Mal sehr früh begonnen. Sie wird in den nächsten Wochen in einem ständigen Crescendo anschwellen und die Außenpolitik, so sehr diese in Bezug auf den Staatsvertrag auch der Regierung auf den Nägeln brennt, zu einem nicht unbeträchtlichen Teil aus den Spalten der Zeitungen verdrängen. Obwohl Landtags- und Gemeinderatswahlen meist nur von starkem örtlichen Kolorit sind, wird es diesmal anders sein. Die Gesichtspunkte der Landespolitik, um die es ja eigentlich gehen sollte, werden in den Hintergrund treten. Da mehr als die Hälfte der gesamten österreichischen Wählerschaft mobilisiert wird, bahnt sich eine Entscheidung an, die weitgehendst die Gesamtpolitik betrifft. Man wird sich daher auch in der Propaganda, die sich jeglicher unfairer Mittel enthalten soll, darauf einstellen.

Im großen und ganzen wird es sowohl in Niederösterreich und Wien, als auch in Salzburg und Vorarlberg zu einem heftigen Zweikampf der beiden Großparteien SPÖ und ÖVP kommen, die beiden den Wahlkampf mit dem Hinweis auf Erfolge und Mißerfolge im ganzen Bundesgebiet führen wollen. Es ist darum auch nicht unverständlich, dass sie den Ausgang dieses Duells als Barometerstand für ihre Aussichten bei kommenden Nationalratswahlen zu werten beabsichtigen.

Zweifelsohne verfügen in der zu erwartenden Auseinandersetzung die Sozialisten über die besseren Waffen. Die Nationalratswahlen, aus denen damals die Sozialisten als Sieger hervorgingen, hatten das Kräfteverhältnis der Regierungsparteien wesentlich im Staat verändert und die ÖVP unter dem Eindruck ihrer Niederlage nicht nur zu taktischen Änderungen ihrer Politik veranlasst, sondern auch gezwungen, einer Anzahl sozialistischer Forderungen weitgehendst entgegenzukommen. Die Sozialisten traten im Februar 1953 mit drei Forderungen an die Öffentlichkeit: Sicherung der Investitionen und damit der Vollbeschäftigung, Verstärkung des Wohnungsbaues und Sicherung der Renten. Zug um Zug konnten in langen und zähen Verhandlungen zwischen den beiden Regierungsparteien die Sozialisten ihre Kardinalforderungen durchsetzen und erreichten damit das, was sie den Wählern zu erfüllen versprochen hatten.

Während die Wahlpartei der Unabhängigen an chronischen Spaltungserscheinungen leidet und dadurch mit noch nicht überschaubaren Konsequenzen der Wählerschaft zu rechnen hat, scheint die kommunistische Partei von Zügen der Hoffnungslosigkeit gezeichnet. Sie hat in den letzten Jahren verloren und immer wieder verloren und steht nun vor dem wahrscheinlichen Dilemma auch aus dem Wiener und dem niederösterreichischen Landtag hinauszufliegen.

Durch die Rücklaufbewegung ist besonders in Wien das nach der österreichischen Wahlmathematik erforderliche Grundmandat, das eine Partei zur Erlangung eines Sitzes überhaupt benötigt, für die kommunistische Partei gefährdet. Sie überschritt bei den Nationalratswahlen 1953 die Mindeststimmenzahl um nur 900 Stimmen. Da man sich über den immer weiter fortschreitenden Stimmenschwund auch in den Reihen der KP-Funktionäre klar ist, versucht man, um zu dem Grundmandat zu kommen, auf Nummer sicher zu gehen. In ihrer Wiener Hochburg Favoriten, die ihnen das Grundmandat erbrachte, meldeten verschiedene unter sowjetischer Verwaltung stehende Häuser eine zahlenmäßige Zunahme der Bewohner. So wurden aus fünf Wählern von ehemals fünfzig für diesmal. Es hat also eine Invasion polizeilicher Ummeldungen stattgefunden. Das Grundmandat ist in Gefahr, darum: sicher ist sicher. Die böse Überraschung wird aber trotzdem nicht ausbleiben.

Jugendstrafvollzug reformbedürftig

Heh. Bereits vor vierzig Jahren waren in Deutschland Bestrebungen im Gange, für jugendliche Rechtsbrecher eine humanere Rechtsprechung einzuführen, zumindest für Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr. Die Bestimmungen des Strafgesetzbuches waren von Erwachsenen geschaffen worden und durchaus nicht der Mentalität Jugendlicher angepasst. In sehr vielen Fällen sind nämlich falsche Erziehung, fehlende Elternliebe und materielle Mängel die eigentlich Schuldigen.

Das muß selbstverständlich besonders in der Nachkriegszeit bei der Verurteilung Berücksichtigung finden, ohne dass damit der Jugend gleichzeitig ein Freibrief ausgestellt werden soll. Natürlich muß auch der jugendliche Rechtsbrecher für eine gewisse Zeit auf seine Freiheit verzichten, aber dieser Freiheitsentzug sollte nicht der Gefängnisstrafe gleichgesetzt werden. Allein die Bezeichnung "Gefängnisstrafe" bedeutet eine Diffamierung. Sollte es nicht besser "Erziehungshaft" oder dergleichen heißen? Durch schlechte Gesellschaft in der Haft wird nicht zuletzt die Gefahr einer weiteren Verwahrlosung und Rückfälligkeit heraufbeschworen. Der erzieherische Charakter einer Strafe wird damit zunichte gemacht.

Gewiß ist die Jugendkriminalität in den letzten vier Jahren in der Bundesrepublik zurückgegangen. Während 1948 1137 von hunderttausend strafmündigen Jugendlichen vor dem Richter standen und verurteilt wurden, waren es 1950 noch 934. Diese Zahl ist aber immer noch erschreckend hoch, besagt sie doch nicht mehr und nicht weniger, dass unter 100 Jugendlichen jeweils ein Krimineller zu suchen ist. Diese etwas rückläufige Entwicklung ist aber nicht durch bessere Erziehungsmaßnahmen des demokratischen Staates erreicht worden. Vielmehr ist aus der Statistik ersichtlich, dass lediglich der Rückgang der bei Jugendlichen überwiegenden Vermögensdelikte diese Abnahme verursachte. Das bedeutet bestenfalls, dass nicht mehr so stark materielle Gründe für das Abgleiten Jugendlicher auf die schiefe Bahn den Ausschlag geben.

Dafür haben Verurteilungen wegen anderer Delikte zugenommen. Was ist neben der Sorge um eine soziale Hilfe für die zum Kriminellen neigenden Jugendlichen zu tun?

Zunächst muß die Gefängnisstrafe zumindest für diejenigen straffällig gewordenen Jugendlichen verschwinden, bei denen noch ein Fünkchen Hoffnung besteht, sie mit humanen Mitteln und Maßnahmen als ein brauchbares Mitglied in die Gesellschaft zurückzuführen. Dazu bedarf es einer geeigneten Umgebung und verständnisvoller Pädagogen, deren Leitsatz "nicht strafen, sondern bessern und heilen" heißen muß. Vorbilder dafür braucht man nicht im Ausland, etwa in England, Schweden oder Holland zu suchen. Auch in der Bundesrepublik sind bereits erfolgreiche Versuche unternommen worden, gestrauchelte Jugendliche ohne die übliche Einweisung in die Gefängniszelle wieder auf den rechten Weg zu bringen.

Der beste Beweis für das Gelingen dieser Versuche bleibt immer noch die Insel Hanöversand, mitten in der Elbe bei Hamburg gelegen, wo Jugendliche unter der Anleitung erfahrener Erzieher ihrer Arbeit nachgehen, auf dem Feld, in der Schuhmacherei, der Schmiede und anderen Werkstätten. Gitter gibt es nicht, dem Trotz, den "nun erst recht" wird so von vornherein die Spitze genommen. Ein natürliches Hindernis bildet die Elbe und Ausreisser sind sehr selten. In der Mitte der Insel ist das "Jugenddorf" eingerichtet. Der "Bürgermeister" wird selbst von den Jugendlichen gewählt. Bewährt sich ein Jugendlicher, kommt er ins "Jugenddorf". Diese Methode hat sich durchgesetzt und kann als Erfolg bezeichnet werden.

Es kommt nicht so sehr auf den Namen des Hauses an, wenn es auch nicht Gefängnis heißen sollte, als auf dessen Geist und Führung. Das Personal sollte für diese Aufgabe besonders vorgebildet und geeignet sein. Wenn der jugendliche Rechtsbrecher nach der Entlassung aus der Haft noch bei der Beschaffung einer passenden Beschäftigung unterstützt wird, kann man annehmen, dass er nicht wieder mit den Gesetzen in Konflikt kommt. Das sollte der eigentliche Sinn des Strafvollzuges sein.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler

K o m m u n i q u é

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands trat am Sonnabend, dem 18. September 1954 in Bonn zu seiner ersten ordentlichen Sitzung nach dem Berliner Parteitag zusammen, die der Parteivorsitzende Erich Ollenhauer mit einem Bericht über die außenpolitische Lage nach dem Scheitern des EWG-Projektes eröffnete.

Der Vorstand unterstrich die Forderung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion auf eine baldige außenpolitische Bundestagsdebatte und er verurteilte die mangelnde Unterrichtung der Opposition durch den Bundeskanzler über die außenpolitischen Verhandlungen der letzten Woche.

Die Fortsetzung der Bemühungen um eine bessere und engere europäische Zusammenarbeit ist eine Notwendigkeit. Die europäische Zusammenarbeit darf nicht weiterhin durch das Schema der sogenannten Integrations-Politik belastet werden. Die einseitige Betonung des militärischen Gesichtspunktes ist abzulehnen. Das Schlechteste wären jetzt halbe Lösungen, wie sie in der letzten Woche erörtert wurden. Es muß betont werden, dass keine neue Regelung die vier Besatzungsmächte aus ihrer freiwillig übernommenen Verpflichtung zur Wiederherstellung der deutschen Einheit entlassen darf.

Neben Verhandlungen über bessere europäische Zusammenarbeit müssen Verhandlungen der Westmächte und der Sowjetunion über eine international Entspannung geführt werden, bei denen eine Verständigung über die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit angestrebt werden muß. Die Verhandlungen über europäische Zusammenarbeit und über internationale Entspannung müssen als gleichwertig und gleich wichtig betrachtet werden.

Der Vorstand betonte erneut die Notwendigkeit einer echten Verständigung mit Frankreich und gab der Hoffnung auf eine engere Zusammenarbeit der europäischen sozialistischen Parteien Ausdruck, die viel zu einer konstruktiven Europa-Politik beitragen könnten.

Im weiteren Verlauf der Sitzung beschäftigte sich der Parteivorstand mit Beschlüssen des Parteitags, mit organisatorischen, personellen und Pressefragen und mit der Arbeit der Ausschüsse beim Parteivorstand, über die Wilhelm Mellies sprach.

Über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion berichtete Walter Menzel, über die Vorbereitung der für den 28. November anberaumten Landtagswahlen in Hessen gab Ministerpräsident Georg August Zinn einen Bericht. Erich Ollenhauer und Max Kukil legten Erfahrungen des Wahlkampfes und Wahlergebnisses in Schleswig-Holstein dar.

Bonn, 18.9.1954

+ + +